

**Heidi Bohley** – Vorstand im Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle / Saale

**Freya Klier** - Schriftstellerin, Regisseurin und politischer Häftling in der DDR

**Prof. Dr. Barbara Zehnpeinig** – Universität Passau

Mitglieder im Beirat der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Amtsniederlegung am 9. 10. 2018

### **Grußwort**

an die politischen Häftlinge in der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)  
anlässlich ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 24. November 2018

### **Gegen die Missachtung der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmer der außerordentlichen Mitgliederversammlung der UOKG,

wir teilen Ihre Empörung angesichts der Umstände der Amtsenthebung des langjährigen Direktors der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, die Sie am 16. Oktober 2018 mit einer Resolution öffentlich gemacht haben.

Wir sind bestürzt, dass in diesem Zusammenhang kein einziges Medium die Veröffentlichung Ihres Protestes für wert erachtete. Wir sehen darin eine ganz offensichtliche Missachtung kommunistisch verfolgter Häftlinge und fordern den prinzipiellen Respekt vor den Opfern jeglicher Diktatur.

Bis heute wurden Herrn Knabe keine Verfehlungen nachgewiesen, die eine Entlassung rechtfertigten. Diesbezüglich geht unser Vorwurf auch an den UOKG-Vorsitzenden und Gedenkstättenbeiratsvorsitzenden Dieter Dombrowski sowie die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt Birgit Neumann-Becker, die ihr Stimmrecht im Stiftungsrat benutzt haben, um einen Mann auszuschalten, der nachweislich stets auf Seiten der politischen Häftlinge stand.

Die fadenscheinige Begründung („Kulturwandel“) des Stiftungsratsvorsitzenden Dr. Klaus Lederer (DIE LINKE) und seine Verfahrensweise beim Hinauswurf des Gedenkstättendirektors erinnern besonders die Verfolgten der SED-Diktatur an überwunden geglaubte Methoden von Willkür und Rufmord.

Wir grüßen die Versammelten ganz herzlich und versichern Sie unserer Sympathie und Unterstützung.

Dresden – Berlin – Passau am 12. November 2018

Anlage

Resolution von Verbänden in der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft vom 16. Oktober 2018

c/o heidibohley@hotmail.com